

Ergebnisprotokoll

der 11. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr (Zoom-Meeting)

(IX. Wahlperiode)

am 29.04.2021

Tagungsort: Videokonferenz

Beginn: 12:00 Uhr **Ende:** 12:30 Uhr

Teilnehmende: Frau Jäger, Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Herr Böttcher

Herr Kötter i. V.

Herr Swirschuk

Herr Engemann

Herr Kraft

Frau Wucherpfennig

Herr Fiedler

Frau Loizides

Herr Wysocki

Herr Gerfelder i. V.

Herr Podstatny

Herr Yilmaz

Herr Kandziorowsky

Herr Dr. Rahn

Fraktionsgeschäftsführer/innen: Herr Röttger
Herr Vogt

Fraktionsvorsitzende: Herr Schindler

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck
Herr Bleher
Herr Hennig
Herr Langsdorf
Frau E. Mahler

Gäste: Herr Boeffel, Stadtplanungsamt der Stadt Wiesbaden
Frau Borniger, Stadtplanungsamt der Stadt Wiesbaden
Herr Brandis, Abteilungsleiter Stadtplanungsamt der
Stadt Wiesbaden
Herr Dr. Schmitz, Kanzlei NOERR
Frau Sonntag, Abteilungsleiterin Stadtplanungsamt der
Stadt Mörfelden-Walldorf

Schriftführerin: Frau Barthel

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
2. Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden - **Drs. Nr. IX / 117.1**
3. Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld
Drs. Nr. IX / 141.1
Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021
Drs. Nr. IX / 141.3 - Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.04.2021
4. Anfragen

Zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Die Vorsitzende, **Frau Claudia Jäger**, begrüßte die Ausschussmitglieder zur 11. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr sowie die Vertreterinnen und Vertreter des Regierungspräsidiums zur heutigen Videokonferenz. Gleichmaßen grüßte Frau Jäger die Vertreter*innen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Stadt Mörfelden-Walldorf. Frau Jäger stellte fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht versendet wurden. Das Protokoll der 10. Sitzung konnte noch nicht genehmigt werden, da es krankheitsbedingt noch nicht vorliegt.

Frau Jäger erläuterte kurz die heutige Tagesordnung.

Da die Vertreterin der Stadt Mörfelden-Walldorf noch nicht anwesend waren regte **Herr Gerfelder (SPD)**, die Verlegung des TOP 2 hinter den TOP 3 an.

Herr Röttger (CDU), bat stattdessen um die Verschiebung des Tagesordnungspunktes 2 auf die nächste Sitzungsrunde, da seiner Meinung nach hierzu nicht nur die Vertreter*innen der Stadt Mörfelden-Walldorf sondern auch eine Vertreterin, ein Vertreter des HMWEVW gehört werden sollte. Zur Begründung gab Herr Röttger an, dass die Regionalversammlung mit dem Informationsstand von heute allenfalls den Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung ablehnen könnte. Auch das zwischenzeitlich eingegangene Rechtsgutachten des Ministeriums schaffe hier keine Abhilfe.

Frau Jäger teilte die Auffassung von Herr Röttger nach Verschiebung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzungsrunde.

Herr Gerfelder (SPD), stellte fest, dass die rechtliche Fragestellung heute nicht Thema dieses Ausschusses sei, sondern vielmehr die Abweichung vom Regionalen Einzelhandelskonzept. Seine Fraktionen sehe Probleme bei der Rechtsauffassung des Ministeriums in Bezug auf die Höchstspannungsfreileitungen hinsichtlich des Landesentwicklungsplans (LEP). **Herr Swirschuk (DIE GRÜNEN)** plädierte dafür, den Punkt auf der Tagesordnung zu belassen, falls Vertreter der Stadt Mörfelden-Walldorf noch zur Beratung hinzukämen.

Nach kurzem Meinungsaustausch stellte **Frau Jäger** fest, dass unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen darüber bestünde, die Entscheidung über dieses Verfahren in die nächste Sitzungsrunde zu verschieben.

Frau Jäger rief zunächst den Tagesordnungspunkt 3 auf und wies zu Beginn der Beratung ausdrücklich auf das Thema Befangenheit nach § 25 HGO hin und auf das Mitwirkungsverbot, das sich daraus ergäbe.

Zu TOP 3: Antrag der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 6 Abs. 2 ROG i.V.m. § 8 Abs. 2 HLPG im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Wiesbaden Ostfeld

Drs. Nr. IX / 141.1

Drs. Nr. IX / 141.2 - Antrag der AfD-Fraktion vom 23.02.2021

Drs. Nr. IX / 141.3 - Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.04.2021

Frau Jäger stellte an die Verwaltung die Frage, ob es zu diesem Verfahren inzwischen eine Äußerung des Fachministeriums in Wiesbaden gäbe.

Herr Dr. Beck erläuterte, dass der Sachverhalt auf Grund seiner Komplexität noch geprüft würde. Er könne inhaltlich leider noch keine Aussagen hierzu machen.

Frau Jäger gab den Antragstellern des Antrags **Dr. Nr. IX / 141.3** die Gelegenheit ihren Antrag näher auszuführen. **Herr Röttger (CDU)** teilte mit, man beziehe sich in dieser Sitzung auf Ziffer 2 (Schienenanbindung) des Änderungsantrages. Mit dem Antrag habe man versucht, zwei Ziele miteinander zu verbinden. Einerseits der Stadt Wiesbaden die Möglichkeit zu geben, möglichst bald eine Zielabweichungszulassung zu erhalten und somit den Satzungsbeschluss zu veröffentlichen. Auf der anderen Seite müsste man aber sicherstellen, dass die Ziele der Regionalplanung eingehalten würden. Ein Ziel besage, dass große Wohngebiete mit Schienenanschlüssen versehen werden müssten. Die Maßgabe sollte sicherstellen, dass das Wohngebiet nur dann entstünde, wenn dieses zeitnah an das Schienennetz angebunden würde.

Nachtrag: Der Antrag der CDU und SPD-Fraktionen wurde zwischenzeitlich mit Datum vom 29.04.2021 modifiziert und ergänzt (Drs. Nr. IX / 141.3).

Herr Brandis (Stadtplanungsamt Wiesbaden), verwies in diesem Zusammenhang auf die Informationen des Handouts, welches in den Sondersitzungen am 19.+20.04.2021 verteilt worden war. **Herr Böttcher (DIE GRÜNEN)** konnte auf Grund technischer Probleme seine Ausführungen leider nicht anbringen.

Herr Röttger (CDU), stellte die Frage an die Verwaltung, ob es rechtlich möglich sei, die Genehmigung des Flächennutzungsplans der Stadt Wiesbaden an die Einhaltung der im Antrag (**Drs. Nr. IX / 141.3, Ziff. 2**) genannten Maßgabe zu binden.

Herr Langsdorf verneinte dies. Er halte es für unmöglich, die Genehmigung des Flächennutzungsplans an das Ziel dieser Maßgabe in der jetzigen Formulierung zu knüpfen, da ein Anschluss in einigen Jahren definitiv nicht vorhanden sein werde.

Herr Dr. Schmitz, Kanzlei NOERR, wies darauf hin, dass es maßgeblich sei, dass dem Ziel einer Schienenanbindung des Wohngebietes im Planungsprozess erkennbar Rechnung getragen werde.

Die Verwaltung habe dann zu prüfen, dass das Ziel bei der Genehmigung des Flächennutzungsplanes (FNP) nicht negiert werde.

Herr Röttger (CDU), erklärte, dass man an der Formulierung noch arbeiten könne. Die Intention des Antrages bestünde darin, dass zumindest die Planung einer Anbindung an das Schienennetz bis zur Realisierung der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Ostfeld“ sichergestellt und erkennbar sein müsse (Klärung der Finanzierung, Schließung von Vereinbarungen mit den Netzbetreibern usw.).

Frau Jäger bedankte sich für die Ausführungen und stellte fest, dass es zu diesem Themenkomplex keine weiteren Wortmeldungen gab und Beschlussfassungen in dieser Sitzung nicht vorgesehen seien. Sie bedankte sich bei der Vertreterin und den Vertretern der Stadt Wiesbaden.

Zu TOP 2: Antrag der Stadt Mörfelden-Walldorf auf Zielabweichung vom Regionalplan Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan 2010 (RPS/RegFNP 2010) gemäß § 8 Abs. 2 HLPG aus Anlass der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Nr. 52 - Langener Straße - Wohnen und Handel“ im Stadtteil Mörfelden - **Drs. Nr. IX / 117.1**

Die mittlerweile zugeschaltete Vertreterin der Stadt Mörfelden, Frau Sonntag, konnte leider wegen technischer Probleme nicht gehört werden. Auch Herr Bergmeier, HMWEVW, der zu diesem Thema sprechen wollte, konnte seine Ausführungen auf Grund technischer Probleme nicht machen.

Frau Jäger verwies wie anfangs besprochen die Beratung und Entscheidung der **Drs. Nr. IX / 117.1** an die Fachausschusssitzungen der nächsten Sitzungsrunde. Zu dieser solle der Bürgermeister der Stadt Mörfelden-Walldorf und ein zuständiger Vertreter des HMWEVW eingeladen werden, um Fragen der Fraktionen zu beantworten. Es bestand Konsens unter den Ausschussmitgliedern über diese Verfahrensweise.

Zu TOP 4: Anfragen

Da es keine Anfragen gab schloss **Frau Jäger** um 12:30 Uhr die Sitzung.

Die Vorsitzende des Ausschusses für
Wirtschaft und Verkehr



Claudia Jäger

Die Schriftführerin

Gez. Manuela Barthel